

Schuhmacher-Fachblatt

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands und Publikationsorgan der Zentral-Franken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Nr. 8

Erscheint jeden Sonntag.
Abonnementpreis: M. 1.— für das Vierteljahr.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Bochum, 25. Februar 1917
(Telephon: Nr. 174)

Einzelhefte kosten 50 Pfg. die einseitige Postgebülte.
Bei Wiederbestellungen Rabatt. — Stillsch-
vermittlung-Anzeigen für Mitglieder 10 Pfg.

31. Jahrg.

Inhaltsverzeichnis.

An unsere Leser. — Die Lohnbewegung in Stuttgart, Cannstatt und Kornwestheim. — Streikende Schuhmachermeister in Berlin. — Vom größeren oder kleineren Uebel. — Wären die Anagnosen für das deutsche Volk vorteilhaft? — Berufsbildung. — Ein verständiges Unternehmerurteil über Tarifverträge. — Die Wiedereinführung der Sommerzeit. — Gewerkschaftliche Organisationspflicht der italienischen Arbeiter in der Schweiz. — Aus Holland. — Aus unserem Beruf. — Mitteilungen. — Verbandsnachrichten. — Zentral-Franken- und Sterbekasse der Schuhmacher Deutschlands. — Briefkasten.

Beilage: Für unsere weiblichen Mitglieder: Eingabe, betr. Arbeiterinnenschutz in Betrieben für Beresbedarf. — Fürsorgemaßnahmen für Nachtarbeiterinnen. — Die Märtyrer der sozialdemokratischen Frauen. — Eine Frauenfriedensversammlung in Wien.
Feuilleton: Das Paradies.

An unsere Leser.

Es gelangen jetzt öfter Klagen und Beschwerden aus allen Gegenden von unseren Expedienten an uns über unzulässige Zustellung des Fachblattes. Wir begreifen den Unwillen der Expedienten und Leser, wenn sie nicht pünktlich im Besitz ihres Blattes sind, aber die Schuld liegt nicht an uns, sondern an der Post oder Eisenbahn.

Wir expedieren minutös pünktlich, aber wenn wir abgeliefert haben, haben wir es nicht mehr in der Hand, die Verbindungen zu fördern. Die Postverwaltung, bei der wir die Beschwerden übermitteln, entschuldigt sich mit der Beschränkung der Eisenbahnzüge und des Verkehrs und mit dem Mangel an tüchtigem Personal und mit der Aneignung der weiblichen Erstarbeiter, was nicht ganz bestritten werden kann.

Unsere Kollegen, die gleich grob werden, wenn es nicht so am Schnürchen geht, wie sie es aus der Friedenszeit gewohnt sind, werden einsehen, wie unredlich sie handeln, wenn sie sofort mit Nachlässigkeit und anderen Schmideleien uns traktieren.

Also etwas Geduld für die Folge und Vorsicht bei Erhebung von Vorwürfen.

Mit Gruß

Die Expedition des Schuhmacher-Fachblattes.

Die Lohnbewegung in Stuttgart, Cannstatt und Kornwestheim.

Mit der Wiedereinführung der vollen Arbeitszeit in Stuttgart am 15. Dezember und in Cannstatt am 27. Januar, wo die städtischen und kommunalen Unterführungen in Wegfall kamen, stellte die Arbeiterschaft der drei Schuhfabriken gemeinschaftliche Lohnforderungen.

Als erste Forderung: 25 % Lohnverhöhung für alle in der Schuhindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, und zwar auf der Grundlage, daß die bislang bestehenden Lohnsätze um diese 25 % erhöht werden.

Als zweite Forderung: Sicherstellung eines durchschnittlichen Wochenlohnes.

Als dritte Forderung: Verkürzung der Arbeitszeit auf 48 Stunden pro Woche, mit der Maßgabe, daß der Sonnabendnachmittag für die Arbeiterschaft frei bleibt.

Daß es während dieser Kriegszeit sehr schwer hält, prinzipielle Forderungen von dieser Bedeutung durchzuführen, mußten auch wir in Stuttgart erfahren. Doch kann und muß es anders, auch in diesen Zeiten den Fab-

rikanen zu sagen, was der Arbeiterschaft nützt, wenn die Herren auch noch so unangenehm davon betroffen werden.

Untern 28. Dezember ging die erste Antwort des Fabrikantenverbandes ein, daß die Stundenlöhne neu bemessen worden und auch in einem Betrieb sofort in Wirkung getreten sind. Nach mehrmaligem „Vorfühlen“ wurde der Bezirksleitung die Antwort zugesandt.

Die Erhöhung der Feuerungszulage wurde nach folgender Skala geregelt:

ledige Arbeiter unter 21 Jahren	pro Woche 2.— M.
über 21	2,50
Verheiratete Männer und verwitwete Frauen ohne Kinder	4.—
Frauen mit 1 Kind unter 14 Jahren	6.—
2 „ „ „ „ 14 „ „ „ „	7,50
3 „ „ „ „ 14 „ „ „ „	8.—
4 „ „ „ „ 14 „ „ „ „	9.—
5 „ „ „ „ 14 „ „ „ „	9,50

Für jedes weitere Kind 50 Pfg. mehr.

Diese Zulage wird rückwirkend ab 1. Januar gewährt.

In Krankheitsfällen wird die Zulage für die ersten zwei Wochen voll bezahlt, für die andere Zeit nur der den Kindern zustehende Teil. — Um diese Zulage etwas zu „würzen“, glaubten die Herren einen kleinen Strafparagrafen beifügen zu müssen in folgender Gestalt: Wird die Arbeiterschaft ohne triftigen Grund nicht voll eingehalten, so verringert sich dieselbe um 50 Pfg.

Die geforderte Lohnverhöhung in Form von Feuerungszulagen. Im Begleit Schreiben wird gesagt, daß einer Aenderung der bislang bestehenden gültigen Arbeitzeit nicht zugestimmt werden kann und zu Verhandlungen hierüber nur der Hauptvorstand zuständig sei. — (Durch Verhandlungen am 12. Februar im Beisein des Kollegen Simon wurden noch Verbesserungen in die Skala aufgenommen.)

Bei längerer Krankheitsdauer soll die Zulage nach freiem Ermessen des Arbeitgebers weiterbezahlt werden. Insbesondere kam die Erhöhung der Stundenlöhne sowie die Entschädigung beim Aussetzen (Betriebsstörungen) zur Sprache. In lokaler Weise wurde vonseiten der Fabrikanten eine Nachprüfung der Löhne zugesagt. Bei vorliegendem Aussehen wird von Fall zu Fall eine Regelung zugunsten der Arbeiter zugesprochen.

Bei strikter Ablehnung der Arbeitszeitverkürzung wurde unsererseits die Erklärung abgegeben, daß wir diesen Punkt trotzdem nicht aus dem Auge verlieren werden.

Daß somit diese Lohnbewegung der Arbeiterschaft eine anerkennenswerte Lohnanlage gebracht, so muß doch konstatiert werden, daß prinzipielle Fragen heute für die Fabrikanten als unannehmbar gelten. Aber gerade dieser ablehnende Standpunkt zeigt der Arbeiterschaft den Weg, den sie zu gehen hat. Nicht heinliche Beschränkungspolitik darf uns abhalten, mitzuarbeiten an den gewerkschaftlichen Aufgaben. Jeder, auch der letzte Arbeiter, sollte daraus ersehen, daß es gilt, die Organisation so zu festigen, um zur gegebenen Zeit auch in diesen Fragen eine Lösung herbeizuführen.

Aber auch allen denjenigen, welche bislang der Organisation fernstanden, sollte es zu denken geben. Können wir es mit Eurem Gewissen und Charakter vereinbaren, von den Früchten zu genießen, die die Organisation errungen hat? Ist es einem Arbeiter oder einer Arbeiterin würdig, da zu stehen, wo sie nicht gefest haben? Wollt Ihr in Zukunft an der Verbesserung der Lebenslage der Schuharbeiter mitarbeiten, so schließt Euch der Organisation an. Nach dieser Bewegung sollte es in Stuttgart-Kornwestheim keinen einzigen unorganisierten Schuhindustriearbeiter mehr geben!

Streikende Schuhmachermeister in Berlin.

Alle Loyalität und Unterwürfigkeit der Mittelstandsleute geht zum Teufel, wenn sie in ihren heiligsten Geschäfts- oder Profitgütern verletzt werden. Das haben jetzt auch die württembergischen Schuhmachermeister in Berlin gezeigt, die auch die Wichtigkeit bei der ehrenwürdigen und staatsverhaltenden Schuhmacherzunftorganisation nicht vor den radikalen Cat-schiffen zurückzulassen vermochte. Die Umwandlung der Württembergischen Deutscher in allgemein Deutscher hat die

Gutachterkommission der Schuhmachermeister für Reparaturpreise verschuldet. Nach den von ihr aufgestellten Richtpreisen sollen Herrenschneidern nicht mehr als 5,60—6 M., Kleidsäge bis 1,50 M., Vorführer 8—12 M., alles je nach der Güte des Materials, kosten dürfen. Der von der Kommission ins Auge gefaßte Gewinn soll sich je nach der Klasse auf 10 bis 20 Prozent belaufen. Wegen diese Richtpreise hat die Berliner Schuhmacherzunft Einspruch erhoben und diesen Beschluß gefaßt: „Die Veranlassung erhebt Protest gegen die Richtsätze für Schuhreparaturen, da der in den Richtsätzen festgesetzte Gewinn als zum Lebensunterhalt der Schuhmacher und zur Dedung der Unkosten nicht angemessen ist, und da man den minderbemittelten Forderungen der Vertreter des Handwerks in der Gutachterkommission für Schuhreparaturpreise nicht Folge gegeben hat. Die Veranlassung beantragt den Innungsvorstand, bei der Gutachterkommission sowie beim Reichsanwalt des Innern Klagen zu erheben und verpflichtet sich, bis zur Genehmigung der gerechten Forderungen des Handwerks vom Tage des Inkrafttretens der Verordnung die Annahme von Reparaturen zu verweigern, da die Schuhmacher bei den vorgeschriebenen Preisen nicht bestehen können.“

Also die Proklamierung des Streiks in aller Form, wenn auch vorläufig nur grundsätzlich, als „Reparaturmittel“. Solches Vorgehen hat bekanntlich Arbeitern schon Strafprozesse und Verurteilungen wegen angeblicher „Erpressung“ zugezogen. Für die Mitglieder der Berliner Schuhmacherzunftorganisation besteht diese Gefahr allerdings nicht und wir wünschen sie ihr auch nicht. Freiheit und Gleiches Recht für alle! Für ihren Reparaturstreik, von dem aber unsehbar auch die Gehilfen mit betroffen würden, setzen die Schuhmachermeister den 15. Februar fest, es wird aber gemäß nicht zum „Neuerwerb“ kommen und vorher schon der Friedensschluß erzielt worden sein. Dieser Berliner „Schuhmacherstreik“ läßt sich zweifellos leichter und schneller zu allgemeiner Zustimmung erheben als jeder der Weltkrieg. Wahrscheinlich wenn diese Zeiten unsern Lesern gerührt vorliegen, ist der Schuhmacherstreik in Berlin wahrscheinlich beendet.

Vom größeren und kleineren Uebel.

Die Kritik, die die deutsche auswärtige Politik in Deutschland und Presse erfahren hat, war von jeher kümmerlich und kümmerlicher und von Rührigkeit und Gründlichkeit gleich weit entfernt. Das bishigen Kritik, das ein jüngerer Liberalismus gelegentlich produzierte, kam nie über kärgliche Nebenbemerkungen hinaus und hatte Miße, die Blöße des völligen Mangels wie an Intelligenz zu bedeuten. Die gegen die richtungsgebenden Tendenzen der politischen Zentralfelle des Auslandes kritisch gewandte Kritik war durch einige verständliche, verbindliche Reden der Staatssekretäre abgeholt. Der Rest war entweder völliges Schweigen oder eine bewegliche Klage über solche Bewegung der diplomatischen Posten und Pflichten, über begrenzte Auswahl der Personen. Die Bevorzugung des Adels bei der Belegung der leitenden Stellen war immer der schwerste Dorn im Auge dieser Kritiker.

Es wäre jedoch verfehlt, diese Erscheinung mit der Bemerkung vom kindlichen Kampfe um die Futtertrippe als belanglos abzutun. Dem Geplänkel lag ein tieferer, innerer Gegenstand zugrunde, der früher von den beiden Parteien, der herrschenden und der kritischen, vielleicht mehr unklar empfunden als bewußt erkannt worden ist. Es dürfte sich zeigen, daß der Krieg, den so viele darüber als gesunde politischen Lehren verheeren, auch in diesen kahlen politischen Winkel mehr Licht getragen hat.

Die Träger dieser Kritik waren hauptsächlich liberale Politiker (von der Beschäftigung der Sozialdemokratie mit den Fragen der Staatspolitik sehen wir hier ab). Auch das mag ein Grund für die unklare und gahnhafte, verklärte Haltung des Kampfes — sofern von einem solchen erstoh überhaupt die Rede sein kann — gewesen sein, aber die einfache Einführung dieser Lasten genügt auch nicht zur Erklärung des Zustandes.

Seit Jahrzehnten ist der Adel in Deutschland Träger der Staatsleitung und Verwaltungsbürokratie. Die Stellen der höheren, verantwortlichen Beamten sind immer wie der äußeren Politik sind immer durch Adels-erprobung besetzt gewesen. Der gelegentliche bürgerliche

Konfessionslos war stets eine Einklassige. Der Junker ist jedoch unpragmatisch und er betrachtet bis auf den heutigen Tag den Offizierberuf als den seiner Klasse allein würdigen. Auch der eizige Bureaucrat hat, wo immer er vorkommt, ein höheres oder geringeres Quantum Eitel im Blut. Selbst ihm das, dann gilt er als entartet.

Zwei wesentlichen Politikern und politisierenden Soldaten ist ein wenig bestimmter durch Tradition und Geschichte für sie zum Bewusstsein geordneter politischer Geist eigen, den wir nicht näher zu kennzeichnen brauchen, da das deutsche Volk in der inneren Politik reiche Erfahrungen mit ihm gemacht hat. Er hat auf Ton und Ziel der deutschen Auslands-politik seinen starken Einfluß ausgeübt. Die aus dem feudalen patriarchalen Geiste geborenen politischen Methoden sieht die Bourgeoisie im Lande nicht ungern, dagegen folgten sie an, ihr in der Wahrung ihrer Auslandsinteressen un bequem zu werden.

Der ersten Bourgeoisie liegt bei der auswärtigen Politik weniger an der Macht und prunkender Machtausübung als vielmehr an der Ausfuhr der militärischen Macht im Innern der Nation. Die militärische Macht ist immer mehr zu einem Mittel des Schicksals und zu einer Voraussetzung für die Profite geworden. Das Bürgertum hat diesem „Zug der Zeit“ steigende Opfer — wenn auch nicht an Geld, so doch an Gesundheit — gebracht und dadurch ist die Bedeutung der Bewaffneten in der inneren und äußeren Politik nicht geringer geworden. Das mußte man mit mehr oder minder lauer Miene sehen und sich zunächst gefallen lassen. Dieser Widerstreit im politischen Herzen des Bürgertums hinderte es an einem mannhaften Auftreten gegen unbehagliche Erscheinungen der Auslands-politik.

Heute treten die Gegensätze deutlicher darin zutage, daß bedeutende Teile der Bourgeoisie, vor allem die theoretischen Vertreter eines bewußten Deutschen Imperialismus in der Kriegspolitik hinter der milderen Tonart der Regierung stehen, während die Politiker vom älteren Stil noch härtere militärische Maßnahmen rufen und in ihren unmittelbaren Friedenszwecken weiter gehen. Das politische Bewußtsein in seiner erkrankten Ausprägung und höchstgezügelter militärischer Machtausübung erscheint dem imperialistisch geformten Bürgertum weniger erströmendwert als die mit Mühsamkeit erworbenen vollen Zukunftsmöglichkeiten des Auslandszuges. Tendenzen und Forderungen der inneren und der äußeren Politik wogen und weben hier innig durcheinander.

Der freikonservative Schriftsteller Dr. Grabowsky, der es meisterlich versteht, dem Imperialismus ein ideologisches Licht einzuwerfen, drückt den erwachenden Gegensatz und zugleich die merkwürdige Vertiefung der Interessen in einem Artikel seiner Zeitschrift „Das neue Deutschland“, der vorher in verklärter Form in der „Neuen Züricher Zeitung“ erschienen war, so aus: „Wir sind auf dem Wege zu einem Staatssturz, das die bisherigen Gegensätze von Machtstaat und Kulturstaat aufhebt, das ebensowohl Machtstaat ist wie Kulturstaat.“ Kulturstaat also, wobei wir verstanden sind, das Wort Kultur — ganz wie die Engländer und Franzosen, die Dr. Grabowsky darum anlockt — in Banfälligkeit zu setzen.

Die klugen Anhänger eines die Welt umspannenden Imperialismus treten denn auch dafür ein, daß der Frieden nicht ausschließlich mit den Mitteln der Repräsentanten des „Machtstaates“ herbeigeführt werde. Sie fürchten davon eine zu nachlässige Verbilligung zwischen den Völkern und eine erhebliche Störung der wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands zu anderen Staaten für lange Zeit. Was sie erstreben, ist gerade die Herstellung einer Basis für das mächtigere Hinsichstreben des deutschen Kapitals in die weite Welt. Die selbstherrlichen Gemüter der Rummachpolitiker dagegen sehen das Heil Deutschlands in einem abgeschlossenen, sich selbst genügenden Staatenkomplex, der nach innen mit der Macht zusammengehalten wird und nach außen mit ihnen imponiert. Die Vertreter der andern, nicht erscheinenden Richtung sind bereit, den Krieg durch Verhandlungen zu beenden. Sie würden weiter und hoffen, die Linie der Gegner Deutschlands aufzulösen durch das, was sie Staatssturz nennt: durch ein Nachgeben hier und ein Ausweichen dort. Blegane Verträge sind ihnen lieber als die Härte des Staates, die wohl Mittel zum Zweck, aber nicht Zweck selbst sein soll.

Natürlich sind diese Unerfährten nicht überall scharf begrenzt. Das ergibt sich schon daraus, daß es unter den bürgerlichen Politikern ausgezeichnete Befürworter des „starken Prinzips“ gibt. Man denke an Raumann, der in seinem Buche „Mitteleuropa“ das Bild eines von dauernden Schicksalsträngen umschlungenen Weltkomplexes malt und anbietet.

In dem gleichen Heft der genannten Zeitschrift legt sich Max Hübner-Heidelberg mit Raumann auseinander. Er schreibt dort: Die Raumannsche Konstruktion eines selbst-gemeinsamen, mächtig zusammengeballten und sich gegen die Außenwelt abschließenden Mittel-Europas scheint uns das geistvolle Produkt einer unabweisbaren Doktrin. Um so gewöhnlicher, als es durch die Einfachheit der unproblematischen Lösung und die leichtfällige Gesinnungsbildung des Ganzen immer weitere Kreise zieht. Dieses Mittel-Europa wäre kein lebendiger Organismus, sondern eine starre Masse. Die deutsche Staat könnte sich nie entfalten, es würde auf engen Raum gebunden. Die Überwindung der weltlichen Suprematie wäre unmöglich.

Das ist zugleich, daß es keineswegs Kleinbürgerliche Gesinnung ist, was dieser Erklärung zugrunde liegt, sondern vielmehr das Gefühl, daß ein starkes einseitiges machtpolitisches Gebilde dem deutschen Imperialismus den Weg in die ferne Welt versperren würde.

Es gibt in der deutschen Sozialdemokratie kluge Leute, die Sinn und Grenzen ihrer Politik auf die Formel vom „größten und inneren Übermaß“ basieren. Sie verstehen

auch bei der Wahl zwischen den hier besprochenen Gegen-sätzen ihre Presse nach dieser Erwägung verteilen, bei der man im Zweifel sein kann ob Häßlichkeit oder Bequemlichkeit sie erzeugt hat. Und da es bei den innigen Beziehungen zwischen innerer und äußerer Politik nicht unmöglich ist, daß die Vertreter des Grabowsky'schen Kulturstaates gewisse Reformen im Innern anstreben werden, ist leicht vorauszu-erkennen, wessen Wagen jene Leute ziehen helfen werden. Darum ist es notwendig, daß sich die Arbeiterschaft ihres Gegenstandes zum Imperialismus — als Idee wie als Wirklichkeit — klar bewußt ist, um nicht vom geraden Wege des Kampfes gegen ihn abzuweichen. Ueber ihre Haltung zu Einzelreformen kann sie dann von Fall zu Fall entscheiden.

R. S.

Wären die Annexionen für das deutsche Volk vorteilhaft?

Se nachdem man diese Frage in Arbeiter- oder kapitalistischen Kreisen stellt, wird sie beantwortet. Die kapitalistischen Kreise sind mit geringen Ausnahmen für umfassende Annexionen und Gebietsveränderungen; die Arbeiter, besonders die ausgebildeten Arbeiter sind in ihrer großen Masse gegen Annexionen und das mit gutem Grund. Gewalttätige Annexionen bergen stets den Keim zu neuen Kriegen in sich und da die Arbeiterklasse bei jedem Krieg die größten und schwersten Opfer bringen muß, ist ihre Abneigung gegen Annexionen erklärlich. Auch wirtschaftlichen Nutzen bringen diese den Arbeitern nicht. Im Gegenteil, wenn Völker und Arbeiter mit niedriger Lebensweise annectiert werden, können die annectierten für die heimischen Arbeiter eine Gefahr werden. Der Kapitalismus profitiert natürlich. In nationaler Beziehung ist es eine große Härte, fremde Völker gegen deren Willen dem eignen Volke anzuschließen, was eine ständige Quelle der Aufregung und Anarchie ist.

Das deutsche Volk ist groß und stark genug und daß es sich seiner Haut wehren kann, zeigt es gegenwärtig zur Genüge.

Es ist auch unmoralisch, einen Volkstamm von einem andern Lande loszureißen oder ein selbständiges Volk einem andern Staate einzuverleiben, wie man etwa eine Sammelherde eines Pächters in die eines andern Pächters einverteilt. Unsere Gelehrten sind meist annectionsstoll, um so erfreulicher ist es, wenn in diesem wilden Trubel ein Mann seine Stimme erhebt und zur Vernunft mahnt. Es ist dies ein in der politischen und gelehrten Welt bekannter Mann, Professor Hans Delbrück, der sich in der Presse mit folgendem Artikel gegen die Annexionen Belgiens wendet:

Wie aber soll die „Verständigung“ aussehen? Wenn Deutschland bindend erklärte, daß es bereit sei, Belgien wiederherzustellen, so würde uns das unzweifelhaft ein Stück vorwärts bringen. Auf Grund einer solchen Erklärung würde die Friedensbewegung in England zu einer solchen Stärke anschwellen, daß Herr Lloyd George entweder abtreten oder selber den Frieden machen müßte. Kann Deutschland aber unter welchen Bedingungen könnte Deutschland eine solche Erklärung über Belgien abgeben? Die englischen Parteien bis zu den extremsten Passifisten hin sind darin einig, daß ohne die Wiederherstellung Belgiens an einen Frieden nicht gedacht werden dürfe, weil Deutschland im Besitz dieses Landes so mächtig werde, daß es die Unabhängigkeit Englands wie Frankreichs und damit ganz Europas bedrohe und aufhebe. Man erinnert daran, daß Napoleon gesagt habe, Antwerpen sei eine auf das Herz Englands gerichtete Pistole, und bezieht seinen Frieden mit der Aussicht, dauernd vor einer solchen Pistole zu stehen. Umgekehrt ist in Deutschland in weiten Kreisen die Meinung verbreitet, daß, wenn wir Belgien nicht in der Hand behalten, dem Deutschen Reich jede Zukunft abgeschnitten sei, weil Belgien als bloßer Außenposten und Basallenstaat Englands und Frankreichs einen unerträglichen Druck auf uns ausüben würde.

Ich halte diese Vorstellung für falsch und glaube, daß die Sicherheit und die Zukunft Deutschlands sehr wohl auch ohne die Herrschaft über Belgien gewährleistet werden könnte. Ich würde also dafür sein, gegen einen angemessenen Preis dieses „Pfund“ herauszugeben. Angenommen aber, der Besitz Belgiens wäre wirklich so wünschenswert, wie so viele glauben — wie soll er realisiert werden? Die Annexion oder der Eintritt Belgiens in das Deutsche Reich hat kaum noch Anhänger, da es weder möglich ist, ein so großes Volk je so umzufornen, daß es sich mit der Gesinnung deutscher Reichsbürger erfüllt, noch sie dauernd als Untertanen niederen Rechts, als Heloten, wie man gesagt hat, zu beherrschen. Man denkt also an eine Form, die Belgien innerlich frei läßt, es aber staatsrechtlich an das Deutsche Reich bindet. Man spricht von einem Abkommen über die künftige Ordnung des Meeressens. Die belgische Armee würde nach deutschem Muster ertragen, vielleicht mit deutschen kommandierenden Generalen auf den denkbar besten Stand der Ausbildung gebracht werden. Wer aber bürgt und dafür, daß diese von uns selbst so vortrefflich ausgebildete Armee, wenn es wieder zu einem Kriege kommen sollte, auch wirklich auf unsere Seite tritt? Selbst wenn die Konvention bestimmen sollte, daß Belgien nicht bloß im Verteidigungskriege, sondern unbedingt in jeglichem Kriege dem Deutschen Reich Gefolgschaft leisten müßte, so würde sich Belgien, wenn es nicht will, durch eine solche Konvention so wenig binden lassen, wie Preußen im Jahre 1813 an Napoleon und auch deutsche kommandierende Generale würden die Belgier so wenig halten, wie Marshall Macdonald den General Bort halten konnte.

Auch einzelne deutsche Garnisonen in Belgien würden daran nichts ändern, denn Belgien hat gegen 8 Millionen Einwohner, würde also binnen wenigen Tagen Hunderttausende unter die Waffen bringen können und jede deutsche Garnison, vielleicht sogar von Deutschen besetzte Festungen, ehe ihnen von Deutschland Hilfe kommen kann, überwältigen. Denkt man etwa die ganze belgische Armee schon im Frieden in deutsche Garnisonen zu verlegen und Belgien selbst mit deutschen Truppen zu besetzen, so wäre auch das höchst gefährlich und praktisch gar nicht durchführbar. Die deutschen Städte würden sich für die belgischen Garnisonen bedanken, die deutschen Soldaten in Belgien aber könnten nachts nicht sicher über die Straße gehen, wenn Deutschland nicht gleichzeitig auch die Polizei und die Justiz in Belgien in die Hand nimmt. Belgien dauernd von deutschen Truppen besetzt, würde bedeuten, daß es dauernd unter Kriegsgesetz zu leben verdammt sei — eine schlechthin unmögliche Aussicht. Man kann das Kriegsgesetz wohl für einige Jahre festhalten, aber man kann es nicht verewigen. Belgische Polizei und belgische Richter aber würden deutsche Offiziere und Soldaten gegen Ueberfälle und Nachstellungen nicht schützen.

Eine Militärkonvention kann man nur mit einem Staate schließen, der durch seine eigene Gefinnung und durch sein eigenes Interesse mit uns verbunden ist und dauernd mit uns verbunden zu bleiben wünscht, wie wir das von dem zukünftigen Polen erwarten. Durch Konventionen und Verträge aber einen Staat dauernd zu binden, ist unmöglich. Die einzige Form, in der Belgien militärisch mit Deutschland wirklich dauernd verbunden werden könnte, ist die Einstellung der Belgier in die deutsche Armee selbst, das heißt die Aufnahme Belgiens in das Deutsche Reich. Will man das? Es ist nicht nötig, lange darüber zu reden, da es in Deutschland niemand mehr gibt, der das fordert, oder wenn es noch jemand gibt, so müßte man ihm erwidern: er sei wie einstmal die Trojaner, die das höhere Pferd, in dessen Bauch die Feinde steckten, eigenmächtig in die Stadt zogen. Alle die unklaren und unüberdachten Vorstellungen, daß man, sei es die belgische Rüste, sei es Antwerpen, sei es ganz Belgien militärisch in der Hand behalten müßte, sind ja nur dadurch entstanden, daß man sich der Einsicht, daß wir Belgien nicht annectieren können, nicht zu entgehen vermochte, nach einem Mittelweg suchte und sich einen solchen mit allerlei Phrasen vergauckelte: Einen solchen Mittelweg gibt es nicht. Oder wenn es einen solchen gibt, so haben die Herren Baffermann und Graf Reventlow, die so eifrig dafür eintreten, daß wir Belgien „in der Hand behalten“ müßten, sich jedenfalls noch nicht dazu aufgeschwungen, dem deutschen Volke aus mitzuteilen, wie sie sich die Ausführung dieses ihres Planes denken. Wenn sie erst damit herausgetreten sind, bin ich gern bereit, mich in eine Diskussion darüber einzulassen.“ Was für Belgien gilt, gilt natürlich auch für andere Gebiete.

Berufsbildung.

Der Krieg hat mit seinem Millionenverbrauche männlicher Arbeiter im gesamten Wirtschaftsleben solche tiefgreifende Umwälzungen verursacht, daß es heute fast sonderbar erscheinen möchte, noch von besonderer Berufsbildung speziell gewerblicher Berufsbildung zu reden. Der Krieg hat Millionen männlicher Arbeitskräfte mit Frauen besetzt, gelernter Arbeiter durch ungelernete ersetzt; es ist dabei das ganze Wirtschaftsgeschehen im Ganzen geblieben, wozu unter solchen Umständen noch Berufsbildungen, wozu noch gelernter Arbeiter?

Wenn ein junger Mensch so redete, würde man wohl sagen: „Schnell fertig mit dem Urteil ist die Jugend!“ Zunächst ist festzustellen, daß in allen größeren Betrieben ein Stamm älterer und tüchtiger gelernter Arbeiter, die wegen ihres höheren Alters nicht mehr für den Militär- oder Fabrikdienst beansprucht werden können, verblieben ist. Sodann ist die Ausbildung junger Leute in Werkstätten und Fabriken in Gruben und Bauteilen, in Bureaus und Schulen weiter gegangen, wenn auch in beschränktem Maße und so mancher Lücke, die die älteren eingerückten Arbeiter hinter lassen haben, durch nachrückende ausgebildete Arbeiter und ältere Lehrlinge ausgefüllt worden. Weiter ist der Umfang nicht zu übersehen, daß die vorhandenen, wohlgerichteten Betriebe nur weitergeführt zu werden brauchen und eingetretene ungelernete Arbeiter und Arbeiterinnen von den verbliebenen Qualitätsarbeitern „wohrgenommen“, angeleitet und ausgebildet wurden, zuerst für die einfachsten, später auch für schwierigeren und komplizierteren Arbeiten die neu-entstandenen Betriebe konnten nicht anders in Gang gesetzt und aufrechterhalten werden, unentbehrlich waren und sind überall gelernte, ausgebildete gewerbliche Berufsbildung, auch in Schulfabriken trotz ihrer weitgehenden Arbeits-tellung, oder gerade wegen exakter Arbeiten, wie Justiz- und Fabrikarbeiten an komplizierten Maschinen usw.

Dabei machte sich in der Kriegszeit in Deutschland wie in den anderen kriegführenden Ländern ein empfindlicher Mangel an gelerntem Arbeiter geltend, so daß sie alle in den neutralen Ländern massenhaft gewerbliche Berufsbildung mit erheblichem Aufwand suchten. Und die Behörden bemühen sich in verständnisvoller Würdigung dieser kritischen wirtschaftlichen Verhältnisse die gewerbliche Berufsbildung zu fördern und zu unterstützen, womit auch das eifrige Bestreben zusammenhängt die Kriegsbefähigten möglichst wieder ihrer früheren Berufstätigkeit zuzuführen, oder, wenn dies nicht möglich, sie allen andern gewerblichen Beruf erlernen zu lassen, wobei es allerdings auch noch verschiedene andere wichtige Gründe mitwirkten. Mit Interesse liegt man da die Mitteilungen der Tagespresse über die von

Kriegsbeschäftigung des Gardekorps errichteten Lehrwerkstätten für kriegsbeschädigte Berliner, die ihren bisherigen Beruf nicht mehr nachgehen können und sich nun in ungefähre zweijähriger Wehrzeit zu Schulmachern und Militärschneidern ausbilden können. Vorläufig sind, wie nunmehr die Versorgungsabteilung des stellvertretenden Generalstabsmajors des Gardekorps bekanntgibt, für Schneider 20 Stellen vorgesehen.

Eingestellt werden geeignete Kriegsbeschädigte, die bereits erlassen oder entlassungsfähig zur Umschulung beurlaubt sind. Sie werden als Zivilarbeiter auf Grund von Arbeitsbedingungen, die das Kriegsbeschäftigungsamt im Einvernehmen mit der Berliner Handwerkskammer festgelegt hat, beschäftigt und angeleitet. Sie erhalten ferner einen von der Höhe der Versorgungsgebühren unabhängigen Anwartschaftslohn, der zurzeit für Ledige 4 Mk., für Verheiratete 4,50 Mk. beträgt, und nach drei Monaten den gegenwärtigen 5,54 Mk. betragenden ortsüblichen Lagedienst für ungelernete Arbeiter. Die Arbeitszeit ist zurzeit von 10 Uhr vormittags bis 2 1/2 Uhr nachmittags festgelegt.

Für tüchtige Arbeiter besteht Aussicht auf dauernde Beschäftigung als Handwerker. Im Kriegsbeschäftigungsamt.

Mit der Handwerkskammer schweben Verhandlungen wegen des Besuchs der Fachschulen in den Werkstätten und der Ablegung der Gesellenprüfung.

Bemerkenswert ist die kurze tägliche Arbeitszeit und die gleichzeitige Beschränkung der Wehrzeit auf zwei Jahre, was die lange dreijährige und noch längere Wehrzeit in Gewerbe, Industrie, Handel usw. sehr wirksam als ungerechtfertigt überflüssig und ungerecht gegenüber den jungen Wehrmännern und ihren Familien darstellt.

Über abgesehen davon, wollten wir nur die kommende Wehrzeit, da etwa eine Million Knaben und Mädchen die Volksschule verlassen, bemühen, um neuerdings auf die große Bedeutung und Nützlichkeit der gewerblichen Berufsbildung aufmerksam machen und auch unsere Leser, die in diesem Falle sind, veranlassen, ihre Kinder nicht als ungelernete Arbeiter heranzuziehen zu lassen. Bei dem allgemeinen Mangel an gelerneten Arbeitern als schätzbarer Kriegsgeld ist es gleichgültig, welcher Beruf ergriffen wird, denn in allen Gewerben und Industrien wird auf viele Jahre hinaus eine starke Nachfrage nach gelerneten Arbeitern, nach Berufsarbeitern, vorhanden sein und werden die Arbeits- und Wohnverhältnisse befriedigend gestaltet werden müssen.

Schwierigkeiten stehen der gewerblichen Berufsbildung nur entgegen in der durch den Krieg bedeutend verringerten Zahl von Betrieben, die für die Lehrlingsausbildung in Betracht kommen können und ferner in der einseitig auf den Kriegsbedarf eingerichteten Produktion der im Gange befindlichen Betriebe. Diese Umstände werden selber eine Verengung der Jugendstellen und ungelerneten Arbeiter zur Folge haben, was Unternehmer, die durch ihre maßlose Gewinnjagd verblendet sind, sogar wünschen und begrüßen. Für die Zukunft der deutschen Volkswirtschaft, für die Erörterung einer neuen Position auf dem Weltmarkt nach dem Kriege bedeutet die Verminderung der Qualitätsarbeiter ein bedenklich großes Hemmnis.

Die hoch einschichtige Kammern die volkswirtschaftliche Bedeutung einer tüchtigen gewerblichen und technischen Berufsbildung der Arbeitermassen einschätzen, zeigen die Worte, mit denen Professor Kämmerer von der Technischen Hochschule in Charlottenburg seine Schrift über die Ursachen des technischen Fortschritts schließt. Er konstatiert nämlich, daß die industrielle Zukunft nicht dem Saat mit der größten Einwohnerzahl, sondern dem Staate mit der intelligentesten, rüstigsten und bestausgebildetsten Bevölkerung gehören wird!

Der kurchbaren Zeit für die Zukunft bessere Verhältnisse für unseren Beruf zu schaffen, so möchte ich zugleich auch die Anregung geben, daß alle diese Anregungen einer gründlichen Erörterung in der Fachpresse unterzogen werden."

Die Wiedereinführung der Sommerzeit.

Ueber die Wiedereinführung der Sommerzeit werden gegenwärtig in kaufmännischen und gewerblichen Kreisen Erörterungen gepflogen und zwar insbesondere darüber, ob es sich empfiehlt, die Sommerzeit bereits am 1. April einzuführen und bis zum 1. Oktober auszuweiten. Die Gewerbetamner Leipzig hat hierüber folgende bemerkenswerte Gutachten abgegeben: „Sowohl in den zur Gewerbetamner gehörigen Erwerbstreifen bisher beobachtet werden konnte, hat die Vorverlegung der Stunden behufs besserer Ausnutzung des Tageslichts allgemeine Zustimmung hervorgerufen. Außer der damit eingetretenen wesentlichen Ersparnis an Beleuchtungsmitteln und -kosten im allgemeinen wird auch vom gesundheitslichen Standpunkte aus die geschaffene Neuenrichtung als förderlich empfunden, und zwar sowohl im Hinblick darauf, daß die Tätigkeit bei vollem Tageslicht wesentlich erleichtert und das menschliche Auge der mit der Tätigkeit bei künstlichem Lichte verbundenen Anstrengung entzogen wird, als auch, weil nach Geschäfts-schluß eine Stunde bei Tageslicht gewonnen worden ist, die der Erholung im Freien und in der Natur dienen kann. Der Umstand der erleichterten Tätigkeit bei Tageslicht ist für viele Handwerker und Gewerbetreibende von sehr erheblicher Bedeutung. Von diesen beiden Gesichtspunkten aus betrachtet ist eine Vorverlegung der Stunden auch während des April und Oktober erwünscht, weil während dieser beiden Monate das Tageslicht für regelmäßiges Logement noch ausreichen dürfte und ausgenutzt werden könnte. Die verschiedenen Erwerbstreife haben sich offenbar gern an die veränderte Vorverlegung der Stunden gewöhnt; deshalb dürfte die dauernde Beobachtung derselben mit der vorgeschlagenen Erweiterung begründet werden. Bei der Mehrheit der in Betracht kommenden Erwerbstreife besteht sogar der Wunsch auf Belassung der Vorverlegung der Stunden für die Dauer des ganzen Jahres, weil eine Rückverlegung für die Winterzeit und erneute Vorverlegung für die Sommerzeit als störend für das Verkehrs- und Erwerbsleben empfunden würde. So weit dem während der kürzlichen Lage der Winterzeit eine Mehrbenutzung künstlichen Lichtes in den Frühstunden nötig werden würde, ist durch die frühere Erweiterung des Tageswertes am Abend Ausgleich zu erwarten, während bei Betrachtung der Tätigkeit auf Ausnutzung des Tageslichtes angezweifelt wird, die Vorverlegung überhaupt einen Belang sein dürfte. Bei Ausdehnung der Sommerzeit auf das ganze Jahr und der Ausgestaltung derselben als dauernde Einrichtung werden voraussichtlich mehr Vorteile als Nachteile zu erwarten sein. Die Gewerbetamner hat deshalb die Vorverlegung der Stunden für das ganze Jahr und die Ausgestaltung dieser Maßregel zu einer dauernden Einrichtung befürwortet."

Gewerkschaftliche Organisationspflicht der italienischen Arbeiter in der Schweiz.

Die in der Schweiz wohnhaften italienischen Sozialisten hielten in Zürich ihren Kongress ab, der von 40 Delegierten aus den ungefähr 20 Sektionen besucht war. Der Kongress hörte unter anderem ein Referat des Genossen Quiloto, Sekretär des Schweizerischen Bauarbeiterverbandes, über Organisation und Propaganda an. In einer von ihm beantragten Resolution, die vom Kongress angenommen wurde, wird zunächst dem Kapitalismus gegenüber die Notwendigkeit des Sozialismus und der sozialistischen Internationalen sowie der praktischen Mitarbeit der Italiener in der Schweizerischen Arbeiterbewegung betont und ferner bezüglich der Gewerkschaftsbewegung erklärt:

„Der Kongress betrachtet die Gewerkschaft als eines der wichtigsten Mittel zur Wahrung der Interessen und des Selbstbewußtseins des Proletariats und der Bildung seines Klassenbewußtseins; er verpflichtet jeden Parteigenossen, sich der Gewerkschaft zu widmen, ihr beizustehen und solidarisch mit seinen Arbeitkollegen, gleichgültig welcher Nation, vorzugehen."

Dieser Beschuß der italienischen Genossen der Schweiz ist sehr zu begrüßen. Er ist recht zeitgemäß und die Annahme liegt nahe, daß er eine Folge der seit Monaten in der internationalen Arbeiterpresse geführten heftigen Diskussion über die Stellung der ausländischen Arbeiter in der italienischen Arbeiter in jedem Lande ist. Die Verpflichtung der italienischen Arbeiter-Sozialisten zur gewerkschaftlichen Organisation kann sich natürlich nicht nur auf die Schweiz beschränken, sondern muß sinngemäß allgemeine internationale Bedeutung haben.

Der zeitgemäße Beschuß des italienischen Sozialistenkongresses in der Schweiz erhält seinen wahren Wert aber erst dann, wenn er auch praktisch durchgeführt, wenn das Wort zur Tat gemacht wird; wenn die Genossen selbst, soweit sie noch nicht gewerkschaftlich organisiert sind, sich ihrer Berufsorganisation anschließen und ferner auch ihre im Lande stehenden unorganisierten Landsleute unabhängig für den Kampf um die Gewerkschaft bearbeiten. Gibt es einmal in der Schweiz unorganisierte italienische Arbeiter mehr, so werden sich die in manchen Gewerkschaftskreisen vorhandenen Anzi-

pathien gegen die unorganisierten italienischen Arbeitermassen in warm-proletarische Sympathien für die italienischen Gewerkschafts- und Kampfgesellschaften verwandeln und wird das Band der organisierten Solidarität alle Arbeiter ohne Unterschied der Nation umfassen. Dann wird der alte Red- und Sammelruf des „Romni, Romifeste", Proletarier aller Länder, vereint euch! Kraft gewinnen und zu neuen Erfolgen, zur Erreichung des gemeinsamen befreienden Zieles führen.

Aus Holland.

Daß die Kriegszeit auch die neutralen Länder erfaßt und die gleichen Erscheinungen von hohen Gewinnen und schlechtem Verdienst, beweist die Lederfabrikation auf dem holländischen Markt, die uns ein Freund ausweist.

Die Neuvve Rotterdamse Courant schreibt: „In der (Kessels) dem Haag fand diese Woche eine Versammlung statt, welche von den Schuhmachern einberufen war. Ein Amsterdamer Meister erklärte, daß man in erster Linie zusammengekommen sei, um zu protestieren gegen die stets mehr und mehr in die Höhe getriebenen Grundstoffe, und in zweiter Linie, um der großen Masse des Volkes zu unterbreiten, daß die Schuhmacher im entferntesten keine Kriegsgewinne erzielt hätten. Eine Konferenz, welche stattgefunden habe mit den besten Lederfabrikanten, sei auf nichts ausgefallen. Man erachtete es als beiseitigend, daß eine Gruppe Millionen verdient, während die andere Gruppe, die Schuhmacher immer mehr ins Gedränge und rückwärts gedrängt würden. Der Referent sprach die Hoffnung aus, daß die Regierung und das Publikum von diesem Ernst der Zeiten durchdrungen werden möchten, daß es so nicht länger gehen könne. — Ein zweiter Referent aus dem Haag erklärte im besonderen die erhöhten Schuppreise, welches ja wiederum eine Folge sei von den erhöhten Preisen von Soff- und Oberleder, wovon die meisten Sorten nicht mehr wie 200 Prozent (zweihundert Prozent) gestiegen seien. Er erklärte ferner, daß es den niederen arbeitenden Klassen unmöglich sei, diese Preise zu bezahlen. Für die Schuhmacher habe das zur Folge, daß dieselben weniger verdienen und andererseits die Arbeit furchbar im Abnehmen begriffen sei. Die Herren Lederfabrikanten machten goldene Jahre, welches ja aus dem Bericht der Handelskammer von Waalwijk deutlich zu ersehen sei. Ferner machte der Referent der Regierung den Vorwurf, daß die Regierung im Anfang des vergangenen Jahres nicht im Interesse der Schuhmacher-Arbeitgeber die Frage der 100 000 Säute gelöst habe. Regierungsmaßregeln seien dringend nötig. Ein Arbeitgeber aus Rotterdam erzählte in der Breite von dem großen Elend, welches jetzt von den kleinen Schuhmachern gelitten würde. Und noch nicht seien die Lederfabrikanten mit ihrem Gewinn zufrieden. Noch mehr Elend müsse von den Schuhmachern getragen werden. — Er habe Respekt vor der Regierung, aber jetzt müsse von der Versammlung ein scharfer Protest erhoben werden, nicht gegen die Regierung, sondern gegen die steigende Leder-Preistreiber. Es erfolgte dann die Annahme einer Erklärung, worin die Beschwerden und die Wünsche der vereinigten Schuhmachermeister (spezialisiert waren.

Aus unserem Beruf.

Ein Streik der Innungsmeister. In der Breslauer Volkswacht wird aus Schweidnitz unter dem 14. Februar folgendes berichtet: In einer abgehaltenen Versammlung der Schuhmacher-Zwangsinnung Schweidnitz berichtete der Obermeister Hauptfleisch über die Bestimmungen der geschäftlichen Preisbeschränkungen bei Ausbesserung von Schuhwaren in ausführlicher Weise. In einer an die Versammlung sich anschließenden Aussprache wurde beschlossen, vom 15. Februar ab, an welchem Tage die neuen Bestimmungen in Kraft treten, bis auf weiteres keine Schubausbesserungen mehr anzunehmen. — Es find hier Innungsmeister, keine Gesellen, die den Streik proklamieren. Vielviel Organisationsarbeit ist in Schweidnitz durch unseren Verband nicht schon mit nur geringem Erfolg oder erfolglos geleistet worden. Auf alle möglichen Wege mußten wir uns Eotale zu Besprechungen verschaffen die uns dann letzten Endes noch abgetrieben, oder die Besprechungen selbst. Auch die christliche Organisation versuchte sich unter dem meist jüngeren katholischen Gesellen erfolgreich. Der Gewerksverein S. D., der eine Zahlstelle von Schuhmachern in Schweidnitz unterhielt, kam an die Schuhmachergesellen nicht heran. Wie oft mühen die Innungsmeister selbst die treibenden Kräfte gegen das gesetzliche Recht der Beilistenorganisation gewesen sein? — Das Bild wendet sich; jetzt streiten Innungsmeister gegen beherrschende Bestimmungen. Kollegen! Eernt auf diesem Vorgang.

Die Unterfischungsstelle der Herrschen Schuhfabrik A. G. in Frankfurt a. M. verendet ihren Jahresbericht für 1916, dem wir folgendes entnehmen: Die Einnahmen betragen 17 742,06 Mk., die Ausgaben 25 152,75 Mk., die Vermögenbestand betrug am 31. Dezember 59 915,60 Mk. gegen 67 026,29 Mk. am 31. Dezember 1915, so daß er um 7 104,69 Mk. kleiner geworden ist. Unter den Einnahmen steht als Hauptposten der Beitrag der Firma von 15 000 Mk. unter den Ausgaben 19 309 Mk. Kriegshilfe an die Familien von Einberufenen im ersten Halbjahr 1916, 18 014 Mk. im zweiten Halbjahr, außerdem fast tausende Unterfischungen von 3345 Mk. für frühere Arbeiter, für Hinterlassene von verstorbenen Arbeitern usw., einmalige Unterfischungen von 128,25 Mk. und an Weihnachtsgaben für Kinder 567 Mk. Fabrikzinsen (Ordnungsstrafen) gingen 204,60 Mk. ein, mit

Ein verständiges Unternehmerurteil über Tarifverträge.

Dieses war gerade in Innungsstreifen eine Abneigung gegen Tarifverträge vorhanden. Um so erfreulicher ist es, wenn das Gegenteil festzustellen wird, wenn ein Innungsmeister mit aller Entschiedenheit für die tarifliche Festlegung der Arbeitsbedingungen eintritt. Das geschieht in einem Aufsatz der Zeitschrift für Deutschlands Buchbinder, dem Organ des Bundes deutscher Buchbinder-Innungen vom 11. Januar d. J. in folgender Weise:

„Wenn man vielfach behauptet wird, der Umstand, daß unser Beruf so viel mit weiblichen Arbeitskräften zu rechnen hat, sei Schuld, daß in unserem Beruf die Tariffrage so schwer zu regeln sei, so ist dies wohl kaum ernstlich zu glauben. Beweisen uns die Metropolen unseres Berufs, Berlin, Leipzig und Stuttgart nicht gerade das Gegenteil? Offen muß es deshalb einmal hier ausgesprochen werden, daß die tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse innerhalb unseres Berufes zur zwingenden Notwendigkeit geworden ist, weil mit dem alten, jedes Empörtlichen hindernenden Scheudröian einmal gebrochen werden. Was nützen alle Freireisere über fertige Arbeiten, so lange die Hauptgrundlagen, die Lohnfrage und die Arbeitszeit, nicht eine bestimmte Regelung erfahren haben? Wenn es heute ehrlich darum zu tun ist, die Weiterentwicklung unseres Berufes nach Möglichkeit zu fördern, der muß auch den realistischen Willen zeigen, Opfer im Interesse der Allgemeinheit zu bringen. Was wäre aus unserem Vaterlande mit seiner hochentwickelten Industrie geworden, wären nicht tausende unserer Kollegen, wären nicht tausende unserer braven Arbeiter bereit gewesen, unter größtem Befahren alles zu opfern? Häufige Zeit ist es daher, daß auch unsere Innungen zu diesen angeführten Fragen Stellung nehmen, will man nicht, daß man zur gegebenen Zeit unvorbereitet dastehet. Wenn ich deshalb zum Schluß dieser Ausführungen die Mahnung erhebe, Kollegen, Eernt aus die-

en daran
nen Ein-
taufenbe
e Garni-
gen, ehe
wolltigen
Frieden
selbst mit
schäft ge-
deutschen
bedanken,
n nachts
and nicht
Belgien in
Gruppen
kriegsrecht
liche Ausde-
Belastige
sische Off-
stellungen

den Staate
durch sein
uernd mit
von dem
onen und
n, ist un-
tätig mit
könnte, ist
mes selbst,
sche Reich-
r zu reden,
as fordert,
in ihm es-
s höhere
umädigt in
urchachten
ste, sei es
der Hand
daß man
den Frauen,
weg sucht
vergaufte:
ann es einen
und Graf
wir Belgien
noch nicht
mitteilen,
sens denken,
ist gern be-
ten." Was
Beziehungs-

ausch müß-
solche fest-
erufsbildung
Der Krieg
rauen bestei-
st dabei das
wogu unter
noch gelemt

er man wohl
gerad!" Zu-
Betrieben ein-
r, die wegen
Militär- oder
erhöhen ist
verfüllen und
und Schulen
Maße und so
heiter hinter-
Arbeiter und
der Umstand
teingrichteten
und empo-
von den ver-
n", angeleitet
schäftigen, später
eilen die neu-
Gang geht
aren und sind
Berufsauteiler,
nenen Arbeits-
weise Zufolge-

erfüllend wie
empfindlicher
daß sie alle in
sische Berufsauf-
Und die Be-
rührung dieser
die gewerbliche
n, womit auch
legsbefähigten
ist auszuführen,
in gewerblichen
auch noch ver-
Mitt Interesse
e über die vom

dem vorhandenen Bestande von 870,96 Mk. zusammen 875,56 Mk. Davon wurden 852 Mk. am 20. Dezember unter die Arbeiter verteilt, so daß noch ein Bestand von 23,56 Mk. verbleibt.

Die Schuhmachereibetriebe schweizerischer Konsumvereine prosperieren erfreulichweise auch in der Kriegszeit. So hat die Berner Genossenschaftsschuhmacherei im Geschäftsjahre 1915/16 bei 15 Arbeitern einen Werksflächenumfang von 59 230 Fr. (1914/15 39 046 Fr.) und einen Umsatz von 187 477 Fr. (136 265 Fr.), im Schuhhandel erzielte das Personal (einschließlich einer Arbeiterin) eine Lohnsumme von 28 713 Fr. (20 460 Fr.). Die Verwaltung ist von diesen Ergebnissen des Schuhgeschäftes vollauf befriedigt und erklärt insbesondere die Reparaturwerkstätte als sehr wertvoll für die Hebung des Schuhhandels. Andere Konsumvereine, wie die in Basel (der mit 36 000 Mitgliedern der größte in der Schweiz ist) und Erstfeld (Ranton li) haben auf beglückliche Anfragen die gleichen Erklärungen abgegeben.

Verurteilter Schuhmacher in Ungarn. Der Schuhmacher Werb in Budapest wurde auf Grund eines Gutachtens der Handels- und Gewerbeammer zu einer Geldstrafe von 200 Kr. verurteilt, weil er für ein Paar Herrenschon 22 Kr. verlangt hatte, während nach dem Gutachten schon 16 Kr. ein gewinnreicher Preis gewesen wäre.

Türkische Schuhmachereibetriebe in Deutschland sind auch eine Kriegserregnis. Es sollen mehrere tausende junge Leute aus der Türkei nach Deutschland kommen, um da in Handwerk und Technik ausgebildet zu werden und davon sollen auch welche der Schuhmacherei zugeführt werden.

Die Schuhmacher in Norwegen haben nach dem „Stadtblatenderen“ (Christiania) in zahlreichen Schuhfabriken an verschiedenen Orten Verbesserungen der Lohnverhältnisse in verschiedenen Formen, als Weibschichtgeschenke, Zeuerungszulagen und Lohnerhöhungen erhalten. Erstere betragen, abgestuft nach den beiden Geschlechtern und verschiedenen Altersklassen 10, 12, 14, 18, 20, 25, 28 bis 35 Kr. Die Lohnerhöhungen betragen 10 Prozent, in Christiania auch für die Schopfshuhmacher, in Stavanger 2 bis 5 Dore per Stunde für Fabrikshuhmacher. In Steatjaer ist die wöchentliche Arbeitszeit von 59 auf 57 Stunden verkürzt worden und werden die dortigen Arbeitsverhältnisse in unferm norwegischen Bruderblatt als befriedigend bezeichnet.

Die überseische Konkurrenz gegen die europäische Industrie erweist sich während des Krieges in bedeutendem Maße. So soll die Produktion der ca. 20 Gerbereien in Südafrika von 260 000 Pfd. Sterling (1 Pfd. St. = 20 Mk.) im 1914 auf über 500 000 Pfd. St. in 1915 gestiegen und gleichzeitig die Ledererzeugung von 230 000 Pfd. St. in 1913 auf 73 181 Pfd. St. zurückgegangen sein. Ebenso hat die europäische Schuhfabrikation einen Aufschwung erfahren und ist die Schuhwareneinfuhr ebenfalls zurückgegangen. Diese Umwandlung der überseischen Industrie verdeckt allerdings nicht die Exportausfuhren der europäischen Industrie für die tonnende Friedenszeit.

Ein Gesetz gegen untaugliches Schuhwerk ähnlich der begünstigten Verordnung des deutschen Bundesrates hat die australische Kolonie Victoria beschlossen, das dann in Kraft treten soll, wenn Neuseelands das gleiche Gesetz geschloffen hat.

Mitteilungen.

Berlin. Der Jahresbericht der Schuhmacher wurde einer Generalversammlung unterbreitet. Wenn auch die Befürchtungen, die die Knappheit des Rohmaterials auslöste, im vergangenen Jahre noch nicht in voller Schärfe eintraten, so wurde die gewerkschaftliche Tätigkeit durch die Begleitererscheinungen des Leder mangels doch gehemmt.

**Lüchtige Stanzer
Maschinen- Ueberholer
Spizendrüder**
zum sofortigen Eintritt gesucht.
Leander Schuhfabrik A.-G.
vorm. Carl Schenkhirt & Behrens
Offenbach a. M.

Zuschneider
für erstklassiges Schuhmaßgeschäft
per sofort gesucht. Arbeitsmotive bevorzugt.
Carl Zardt, Mainz, St. Helmer.

Wir suchen per sofort
einen Durchnäher
für die Steptisch-Durchnahmaschine.
Hollmann & Mayer, Schuhfabrik,
Gün-Rippes.

Eine erfreuliche Erscheinung war dagegen im verfloffenen Jahr die allgemein günstige Lage des Arbeitsmarktes. Selbst die ungetreute Knappheit der Rohstoffe im Beruf hat infolge dieser allgemeinen Lage des Arbeitsmarktes und der besonderen gefälligen Maßnahmen der Verkürzung der Arbeitszeit und der Entschärfung der Erwerbsbeschränkungen keine große Arbeitslosigkeit erzeugt. Durch die gefälligen Bestimmungen konnte ziemlich der alte Arbeiterstand der Schuhindustrie erhalten werden; nur ein kleiner Teil wurde arbeitslos, fand aber bald in anderen Industrien Unterkunft. So war die Summe der ausgezahlten Arbeitslosenunterstützung fast um die Hälfte gesunken. — Insgesamt wurden im Berichtsjahr an Unterstützungen ausgezahlt aus der Hauptklasse 10 388 Mk., aus der Lokalkasse 442 Mk. und aus der Zuschulasse 242 Mk. Immerhin war die ganze Lage des Gewerbes ungewiß, was dazu führte, daß für die gewerkschaftliche Werbearbeit der Boden ungünstig war.

Wegen der Zahlung der Zuschüsse, die mit der vierstündigen Arbeitszeit zusammenhängen, kam es mehrfach zu Differenzen, die erledigt werden mußten. — Ferner wurden durch Vereinbarung die Zeuerungszulagen erhöht. — Der Vorsitzende Hamann, der den Jahresbericht erstattete, wies zum Schluß darauf hin, daß nach Friedensschluß neue, noch ungetannte Schwierigkeiten sich aufdrängen werden. Ihnen wird die Organisation nur gewachsen sein, wenn jeder in dieser unheilsvorgänger Zeit seine Schuldigkeit tut. Nach dem Bericht des Kassierers Wendig bilanzierte die Hauptkasse im verfloffenen Geschäftsjahr in Einnahme und Ausgabe mit 27 515 Mk. — Die Lokalkasse wies zu Beginn des Jahres 1916 einen Bestand von 26 173 Mk. auf. Einschließlich dieses Bestandes betrug die gesamte Jahres-einnahme 36 423 Mk. Ihr stand eine Gesamtausgabe von 11 823 Mk. gegenüber. Es verblieb am Jahreschluß in der Lokalkasse ein Bestand von 24 599 Mk. — In der lokalen Zuschulasse verblieb am Jahreschluß ein Bestand von 5488 Mk.

Die Zahl der Mitglieder betrug am Schluß des Jahres 1200.

Zum ersten Bevollmächtigten wurde der im Felde weizende Hamann wiedergewählt, um ihm das Amt für den Tag seiner Rückkunft zu sichern. Ferner wurden gewählt zum zweiten Bevollmächtigten Pfaffert, zum ersten Kassierer Wendig, zum zweiten Kassierer Dall und zum Schriftführer Draspa.

Hamann machte darauf einige Mitteilungen über die schon festgelegten Grundlagen für die Stilllegung von Betrieben in der Schuhindustrie. Die Zahl der jetzt in der Schuhindustrie beschäftigten Arbeiter soll in die bestehenden bestehenden Betriebe fast restlos übernommen werden. Der Plan der Stilllegung wurde den Arbeitervertretern vorgelegt. Ihre Einwendungen fanden Berücksichtigung. Entschuldigungen der Arbeiter für beim Stellenwechsel eintretenden Zeitverlust und für andere Fälle wurden zugesichert. Die ganze Frage wird wahrscheinlich durch eine Bundesratsverordnung geregelt werden, die die Schuhindustrie aus dem Hülfendienstgesetz loszuziehen herausheben dürfte. Zur Beunruhigung für die Arbeiter liegt kein Anlaß vor.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes

Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß für diese Woche von 19. Febr. bis 25. Febr. der 8. Monatsbeitrag fällig ist.

Mit den zum Umtausch einzuliefernden Mitgliedsbüchern sind auch gleichzeitig die rückstehenden oder in zweifachen gekauften Beitragsmarken mit einzuliefern.

Nachfolgend verzeichnete Mitgliedsbücher und -Karten wurden als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:
Wilhelm Ehle, (Karte), eingetreten am 1. Oktober 1916 in Berlin.
Bernhard Werftenberger, A.-Nr. 6472, eingetreten am 12. Januar 1908 in Harta.
Bermann Knaut, B.-Nr. 47 769, eingetreten am 22. August 1910 in Erfurt.
Moris Mattausch, B.-Nr. 67 221, eingetreten am 7. Juli 1913 in Breslau.

Breslau, den 17. Februar 1917.

Der Vorstand.

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen

Utzep. August Riffel, Ruprechtstr. 73, 1. u. 2. Bevollmächtigter: A. Reibold und E. Franzist. Sämtliche Beschlüsse sind an A. Riffel, Ruprechtstr. 73 zu richten, daselbst werden auch alle Unterstützungen ausbezahlt.

Ehemitt. Josef Gebrie, Cabelbergerstr. 24, part. 1. Bevollmächtigter; derselbe zahlt nur Reiseunterstützung von 6 bis 8 Uhr abends aus. Johann Lang, Limbacherstr. 124 III, 2. Bevollmächtigter; Unterstützungen werden von 12 bis 1 Uhr mittags ausbezahlt. Max Schneider, Apollonstr. 11, 2. Bevollmächtigter. Alle Zuschriften sind an den 2. Bevollmächtigten zu richten. Vereinslokal: „Stadt Meissen“, Rochlitzerstr. 8, Hammerberg. „Volkshaus Kollosseum“, Zwilckauerstr. 153.

Zentral-Arranken- und Sterbefälle der Schuhmacher u. v. B. Deutschlands (Kleinerer Verein auf Gegenseitigkeit in Hamburg)

In der Sitzung des Vorstandes am 18. Februar 1917 sind folgende Mitglieder, deren Aufenthalt unbekannt ist nach § 4 a. a. der Satzung aus der Kasse ausgeschlossen worden:

Joh. Bertho 1294, Paul Radtke 1530, W. Baumbach 2403, Heinrich Knop 6066.

Hamburg, den 17. Februar 1917.

Sulius Seiffa.

Briefkasten.

Fr. Gage . . . r in S. Besten Dank. Lassen wir die Dinge jetzt ruhig laufen, wer zuletzt lacht, lacht am besten. Gruß!

Redaktionschluß: Dienstag früh 10 Uhr. Berichte müssen spätestens Montag früh, kurze Notizen und Depeschen bis Dienstag früh in unserer Hände sein.

Die Redaktion.

**Schnittfräser,
Schnittpolierer,
Abfahfräser,
Schuhmacher**
zum sofortigen Eintritt gesucht.

Eugen Wallerstein, Menbach a. Main.

Neuer Katalog (ca. 170 Abbildungen) über Schuhmacherwerkzeuge. Versand gratis und franco. — E. Wöglé, Berlin, Lothringersstraße 83.

Handstanzmesser
Größe I 7,50 Mk. — II 7,00 Mk. — III 6,00 Mk.
Theo Breuer, Messerschd. d. Göttingen.

Glückwunsch!

Inserem Kollegen

Wilhelm Holz

zu seinem am 1. März stattfindenden 25jährigen
Verbandsjubiläum die besten Glückwünsche
Wird es ihm vergönnt sein, noch recht lange in unserer
Mitte zu weilen.

Dies wünscht ihm von Herzen

Die Kollegen,chaft der Zahlstelle Bernau (Mark).

Für die Glückwünsche und das Geschenk zu meinem Mitglieds-Jubiläum sage ich hiermit unserem Zentralvorstand und der Zahlstelle Frankfurt a. Main meinen herzlichsten Dank.

Mein ganzes Bestreben wird auch fernerhin für die moderne Arbeiterbewegung sein.

Mit kollegialem Gruss

Alfred Wütrich.

nisse der heillosen Massen wieder verbessert, Wohlstand und Gleichheit der Völker gehoben und gesichert werden.
Die Vorkämpfer der sozialdemokratischen Frauen gehen den höchsten Anstrengungen um dem kriegsgeplagten Leben von heute und die letzten daher im Zeichen der heroischen Kampfpatrioten: Brot ist Freiheit — Freiheit Brot!

Eine Frauenfriedensversammlung in Wien.

Sonntag, den 21. Januar fand in Wien eine von unfernen Genossinnen einberufene Frauenversammlung statt. Auf den dazu ergangenen Einladungen waren die Genossinnen ausgedehnt worden, zur Frauenfriedensstandsbewegung zu kommen. Und die Frauen kamen. Es war eine schöne, erhabende erbauliche Versammlung. Die prächtigste Frauenversammlung, seit der Krieg die Menschheit niedergedrückt. Der feierliche Charakter der Veranstaltung wurde verstärkt durch Befindungen der internationalen Solidarität der Genossinnen. Ein Schreiben, das die internationale Sekretärin sozialistischer Frauen Genossin Jettin an die Teilnehmerinnen der Versammlung gerichtet hatte, lautete:

„Mit Genossinnen! Mit inniger Freude empfing ich die gute Botschaft von der Friedensversammlung der österreichischen Genossinnen zu Wien. Im Namen der sozialistischen Frauen aller Länder darf ich versichern, daß sie Eure Kampfbewegung als den wertvollsten Ausdruck des erwachenden Friedenswillens aller Völker auf das herzlichste begrüßen. Die Umstände verbieten es leider, daß an Eurer Veranstaltung aus den einzelnen Staaten Vertreterinnen der Frauen teilnehmen, die eines Sinnes und eines Willens mit Euch sind. Aber diese Frauen selbst — mögen sie neutralen oder kriegsführenden Nationen angehören — sind bis zur Lyten im Geiste mit Euch, wenn Ihr im Namen der Menschlichkeit, den Blick auf die Gegenwart und Zukunft des Sozialismus gerichtet, Euren Friedensgehren eine Stimme verleiht. Wir sozialistischen Frauen wollen es stolz und fühlend als schönes Vorrecht und heilige Pflicht festhalten, im Ringen um einen Völkerrfrieden voranzugehen, der in Übereinstimmung mit den sozialistischen Grundgedanken die Bahn wieder frei legt, auf der die Arbeiter aller Länder vereint die Befreiung durch den Sozialismus entgegenstreiten. Ihre und Euren Genossinnen Österreichs die unheimlich durch Kriegsgewalt und Kriegseingebrenn Wunsch zum Wort und Wort zur Tat werden lassen.“

Hoch der Friedenswille der Völker!
Hoch die sozialistischen Frauen Österreichs!
Hoch die Internationale der sozialistischen Frauen aller Länder!

Dann lag der Aufsatz der holländischen Genossinnen vor, und erheben waren wichtige, gute Berichte aus Großbritannien eingetroffen. Der Internationale Frauenausschuss der englischen Genossinnen hat die Regierung des Landes zu Friedensverhandlungen aufgefordert und darauf verwiesen, daß die Vorkämpfer der Mittelmächte als Grundlage dafür dienen könnten. Die Liga irischer Genossinnen hat daselbst die Forderungen gestellt und gemeint, daß in den Darlegungen bei der Rückgewinnung auch für einen Völkerrfrieden „Garantien“ enthalten wären, die verlangt werden. Eine „Schandensgutmachung“ nach einem Kriege wie dieser wäre ausgeschlossen, da noch so großer materieller Erfolg die Leiden nicht wieder aufzuheben könne. Alle diese Mitteilungen wurden von den Frauen mit steigender Bewegung angehört. Minutentlang klangen die Beifallsrufe ein, wenn die Referentinnen, die Genossinnen Popp und Schiefinger, von den Leiden sprachen, die der Krieg über die Frauen verhängt; von den festlichen Danks der Mütter, von den Leiden der Arbeiterinnen, von Teuerung, Ueberarbeit, Hunger und verbrecherischem Wucher. Die Frauen wurden aufgeregten

den Willen zum Frieden nicht mehr erlösen zu lassen, sondern in immer weitere Kreise zu tragen. Der Geist in der Antwort der Entente auf die Vorkämpfer der Mittelmächte konnte nicht der Wille der Völker sein, wie aus vielen Anzeichen hervorgeht. Die Leiden des Krieges seien überall zur Unerrücklichkeit aufsteigend; die reife Mannheit und die blühende noch kindliche Jugend sei zum Opfer gefallen, Frauen werden ihre Mütter, Mütter ihre Söhne nicht mehr sehen, in den Bahnen und durch Unterernährung werde die Gesundheit der Frauen und der Jugend geschwächt und untergraben. Wir wollen ein Ende des Krieges! Dieser Schrei rang sich aus allen fühlenden Herzen in allen Ländern empor. In die Regierung wurde die Aufforderung gerichtet, sich durch die erste schroffe Ablehnung von Friedensverhandlungen nicht einschüchtern zu lassen. Die Stimme der Menschlichkeit müsse gehört, der am 12. Dezember betretene Weg müsse fortgesetzt werden mit besseren, festeren zum Ziele führenden Mitteln. Die Frauen aber haben die Aufgabe, in diesem Sinne zu arbeiten, nimmer zu ruhen, den Friedenswillen zu stärken, der früher in allen Ländern Widerhall findet. In diesem Geiste waren die Reden gehalten. Beglückte Zustimmung fand eine an Genossin Jettin zu richtende Zuschrift an die Frauen aller Länder. Sie wurde von Genossin Popp vorgelesen. Mit Begeisterung gelangte auch die von Genossin Schiefinger empfohlene Resolution zur Annahme. Sie lautet:

„Die am 21. Januar 1917 im Verbandsheim in Wien versammelten Arbeiterfrauen empfinden mit jedem Tag mehr die Fortdauer des Krieges als unerträglich. Mit furchtbaren Schwere lösen die wirtschaftlichen Folgen des Krieges auf ihnen als stets wachsende Teuerung, als Schwierigkeit der Lebensmittelpflichtung und als Zwang zur Erwerbsarbeit, zu der in den meisten Fällen auch solche Arbeiterinnen greifen müssen, die einen Hausvater zu versehen und hilflose Kinder zu pflegen haben.“

Tausende und Tausende unserer Schwestern in allen kriegsführenden Ländern beweinen ihre Männer, die entweder gefallen oder in der Blüte ihres Lebens zu Krüppeln gemacht worden sind. Tausende und Tausende von Arbeiterkindern haben ihre Väter verloren, große Eltern trauern um ihre Söhne, junge Mädchen um ihre Brüder und ihre Verlobten. Aber nicht nur den feindlichen Mächten sollen zahllose Opfer, sondern auch Lieberabstrengungen und die Entbehrungen, denen die Soldaten sowie die Zivilbevölkerung ausgesetzt sind, schädigen die Gesundheit und das Leben des arbeitenden Volkes aus schwerer und gefährlich für viele Jahrzehnte die Kraft und das Gedeihen des Proletariats der größten Länder Europas.“

Darum muß mit jedem Tag der Kriegsdauer die Friedenssehnsucht, die von Anfang an die Herzen der Arbeiterinnen in allen Ländern erfüllt hat, immer mehr zum leidenschaftlichen Verlangen werden nach einem Aufhören des entsetzlichen Marterens. Die Arbeiterinnen fragen heute nicht danach, welche der kriegführenden Regierungen den ersten Anstoß zum Krieg gegeben habe. Sie wissen, daß in der Profitgier der herrschenden und ausbeutenden Klassen aller beteiligten Länder die letzte Ursache des furchtbaren Konflikts zu suchen ist.

Die kriegführenden Regierungen beschuldigen einander gegenseitig der Raubgier, des Raubhungers und der entsetzlichen Greuel, ohne dabei einen Weg weisen zu können, der aus dem alle Völker vernichtenden Unheil herausführen soll. Hieraus erwächst den Völkern selbst die Pflicht, den Weg zur Versöhnung anzubahnen. Von der mächtigen Bourgeoisie, von den Grundbesitzern, Industriearbeitern und Finanzmännern, die sich mit Kriegsgewinn bereichern, ist nicht zu erwarten, daß sie den schmerzlichen Einspruch, den sie auf die Regierungen aller Länder ausüben, dazu benutzen werden, um diese einem alle Teile gerecht werdenden baldigen Frieden geneigt zu machen.

Darum ist es Pflicht der Arbeiterklasse aller Länder, den Herrschenden mit dem größten Nachdruck und mit aller Entschlossenheit zu fordern, sie mögen sich bereit erklären, einen solchen Frieden zu schließen, der weder Sieger noch Besiegte, weder Eroberungen noch Besatzung eines Volkes kennt und darum nicht den Keim zu neuen Kriegen in sich trägt.

Die heute versammelten Frauen, die sich klar bewußt sind, daß gegenwärtig in noch viel höherem Maße als in den Leistungen des weiblichen Proletariats für den Weltfrieden und das Wohl jedes Staates von entscheidender Bedeutung sind, jüchten sich auf Grund ihrer Leistungen berechtigt durch die Verantwortung, die sie als Mütter tragen, zu verpflichten, ihrem gütlichen Verlangen nach baldigem Friedensschluß energischen Ausdruck zu geben. Sie wollen aber nicht damit begnügen, ihre Forderung nur dieses einmal zum Ausdruck zu bringen, sondern wünschen vielmehr immer wieder zusammenzutreten zu werden, um in immer größerer Zahl ihren Willen dargutun so lange, bis dem Frieden ein Ende gemacht wird.“

Botschaft der Frauen-Friedensversammlung zu Wien an die Genossinnen aller Länder.

Mit hoher Freude nimmt die am 21. Januar 1917 in Wien tagende Frauenversammlung Kenntnis von dem eben erschienenen Schreiben der internationalen Sekretärin sozialistischer Frauen aller Länder, ihrer verehrten Vorkämpferin Genossin Jettin.

Betrogen von der Ueberzeugung, daß selbst der grausamste aller Kriege, der die entwickelten Nationen der Welt zum furchtbarsten Brudermord getrieben hat, nicht vermöge die Gefühle der Völkerverbrüderung zu erlösen, erworben die der Frauenversammlung vereinigten österreichischen Sozialdemokratinnen die durch die internationale Sekretärin übermittelten Grüße der Sozialistinnen aller Länder. Sie geben dem heißen Wunsch Ausdruck, daß es den vereinigten Bemühungen der sozialdemokratischen Frauen in den kriegführenden und neutralen Ländern gelingen möge, beizutragen, die Welt auf die Bahn des Friedens zu bringen, um wieder zu gemeinsamer sozialistischer Arbeit für das Wohl der Völker zu gelangen. Mit freudiger Begeisterung haben die österreichischen Genossinnen auch das Schreiben der sozialistischen Frauen Hollands empfangen, das in beredten Worten das Streben der Frauen neutraler Länder, zum Frieden zu gelangen, ausbrückt. Herzlichst erwidern die österreichischen Frauen die Grüße der Genossinnen Hollands mit Freude erfüllt sie auch die Nachricht, daß der sozialistische Frauenausschuss Englands und die Liga irischer Frauen die englische Regierung aufgefordert haben, das Friedensverlangen der Mittelmächte als Anlaß zu Verhandlungen zu nehmen, die zu einem dauernden, ehrenhaften Frieden führen sollen. Die österreichischen Sozialdemokratinnen wollen nichts unversucht lassen, ihre Regierung aufzuwecken, auf dem betretenen Wege fortzuführen und nach dem mißglückten ersten Versuch einen besseren zum Frieden führenden Weg zu suchen. Die sozialdemokratischen Frauen Österreichs sind überzeugt, daß die Herzen aller Frauen nichts heiser bereisenden als den Frieden, trotz der gegenteiligen Reden berufsmäßiger Kriegsbegier.

Die österreichischen Sozialdemokratinnen bitten die internationale Sekretärin, die Genossinnen aller Länder, der kriegführenden und neutralen, zu verständigen, daß sie sich halten an den Grundgedanken des internationalen Sozialismus und daß ihre Herzen freigeblieben sind von Völkerverhaß und Feindschaft. Ihr höchstes Sehnen geht dahin, den Krieg unmerklich durch eine unversöhnliche nicht zu erlösende Vereinigung des Proletariats aller Länder zu überwinden. In diesem Sinne grüßen wir die sozialistische Fraueninternationale, wir grüßen ihre Sekretärin Klara Zetkin und bitten sie um ihren Ruf: Hoch der Friedenswille der Völker!

Das Paradies.

Von Martin Andersen Regz.

(Schluß.)

Leicht war seine Profession doch übrigens kaum. Ich hatte den Eindruck, daß sich gerade anständig davon leben ließ, obwohl er ganz tüchtig in dem Beruf sein mußte — er stieß nämlich nie auf ernstlichen Widerstand bei der Arbeit. Außer seinem eigenen ruhigen Wesen trug hierzu wahrscheinlich auch der Umgang mit mir etwas bei. Während er mir moralisch überlegen war, übte ich keinen so geringen Einfluß auf seine äußere Person aus. Er veränderte mehr Sorgfalt auf seine Kleidung und legte sich eine feine Sprache und seine Manieren zu. Seine Person und sein ganzes Auftreten betonen einen Anstrich von so echter Einigkeit, daß er gegen jeden Verdacht geschützt war. Ich bestimme ihn sogar dazu, sich Visitenkarten anzu-schaffen — etwas, dessen Nutzen das Kind des Volkes nur schwer einseh.

Dies war auch die Veranlassung zu seiner Verhaftung gewesen, — gerade als er im Begriff war, den großen Coup zu machen, der ihm die Zukunft sichern sollte.

Eines Nachts brach er bei einer Wechsellampe ein und erbeutete mehrere tausend Kronen. Ich las es am folgenden Tage in den Zeitungen. Da stand, der Dieb habe eine Visitenkarte hinterlassen, die auf den Namen „Karl Mant“ lautete. — Der Abend noch war er verhaftet. Natürlich hatte er seine Karte nicht mit Abreißung an dem Tatort niedergelegt, wie die Zeitungen fälschlich vermuteten; er hatte sie vielmehr verloren. Er wurde zu Fall gebracht durch das einzige, was er — als Ausdruck der

Menschheit — von meiner mehr bürgerlichen Gesellschaft profitierte, und das gab mir zu denken.

Er selbst trug es mir nicht nach. Als er nach zwei Jahren das Gefängnis — etwas verändert — wieder verließ, suchte er mich auf. Der Luftstich hinter Schloß und Riegel hatte ihn recht angegriffen; selten habe ich ein Gesicht gesehen, in das das Leben so tiefe Furchen eingegraben hatte; und all sein Haar hatte er verloren.

„Was kommt vom Gräbchen,“ sagte er lächelnd. „Was willst du nun tun — willst du auswandern?“ fragte ich im Lauf der Unterhaltung.

„Nein, jetzt will ich heimkehren. Das Heidebesitzum, mit dem die Alten nicht fertig geworden sind, das wartet ja dabei auf mich; das will ich besitzen, dann hab' ich doch wenigstens etwas Nutzen gestiftet! Ich habe zu dem Zweck im Gefängnis die Gärtnererlernt.“

Allmählich schien das wirklich eine Aufgabe für ihn geworden zu sein. Und er löste sie — ohne sich auf etwas anderes zu verlassen als auf seine nackten Fäuste, und ohne Schwanken oder Vagabondieren. Gerade unter den Bedingungen, unter denen seine Eltern gescheitert waren, führte er die Sache durch. Darin liegt ein Wesen, sonst wäre es ja auch kein richtiger Sieg.

Im Laufe von fünfzehn Jahren setzte er das kleine Besitzum in Kultur, hielt fest aus, Tag und Nacht, allen Degenerations-theorien zum Trotz — und schuf ein Eden daraus. Die Entbehrungen und die Mühe, die es ihn kostete, berührte er nie mit einem Wort; die Geschichte seiner Eltern wiederholte sich, nur mit dem Unterschied, daß er Sieger blieb. Die Alten starben übrigens, bevor er so weit kam; aber das Paradies war jetzt ein Ziel für ihn selbst geworden.

So oft ich dabei am Strande bin, suche ich das

kleine Besitzum auf, das wie ein schönes Monument ist, ein Denkmal für den Sieg, soweit der arme Mann ihn erringen kann. Der eifrigste Park ist nicht mehr auf dem Hof und das hängt so zusammen: Als der Bauer von Tellenhof sah, daß aus dem Paradies etwas wurde, ließen ihm die Hofherren ein, die er für alle die vielen Jahre noch zugute hatte. Geld war nicht zu erlangen, darum hielt er sich an die Bestung selbst und ließ sie von seinem Gehalt vertreiben wollte, fand man eines Tages. Er hatte den Ereignissen vorgegriffen und sich erhängt.

Das ist der einzige Schatten am Paradies. Der Gräbchen stiftet noch ein wenig Umher. Aber der alte weißhaarige Tellenhofbauer, der selber hierher gezogen ist und dem Sohn seinen Hof überlassen hat, merkt nichts davon. Er verwendet viel Sorgfalt auf das Paradies, zeigt es stolz jedem, der es sehen will, und gibt die Geschichte des Besitzums als Zugabe. Aber diese Geschichte verriet sich in seinen Augen mehr und mehr; er gleitet allmählich zu der Auffassung hinüber, daß er selbst es sei, der das Ganze geschaffen habe.

Karl und sein Vater sind in groben Hosen zwei Gestalten, deren Schicksale sich in gerade absteigender Linie bewegen. Die beiden Schicksale sind so böse, und so selbstverhätlich, wie es das arme arme Manne immer der Fall ist. Es gibt ja so viele Leute, die der Ansicht sind, der arme Mann sei selbst schuld daran, wenn es ihm schlecht geht. Die Wahrheit aber ist, daß es ihm noch niemals voranant war, sich selber zu zerstören — das haben die Verhältnisse immer für ihn besorgt. Und noch kennt darum niemand seine schlechten Eigenschaften.